

Ortsamt Blumenthal, Landrat-Christians-Str. 99a, 28779 Bremen

Auskunft erteilt:
Herr Nowack

Info an die Medien

Tel.: 0421 / 361-7420
Fax: 0421 / 496-7420

e-mail:
joerg-peter.nowack
@oablumenthal.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antworten angeben)
pn/os

Bremen, 20. April 2018

Stellungnahme zur Pressemitteilung des Vereins „Bürgerinitiative Tanklager Farge“ zum Schutz der Umwelt und Reinhaltung des Grundwassers in Bremen-Nord und Umgebung Farge e.V. zur Umnutzung des Tanklagers Farge vom 14.03-2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst einmal möchte ich mein Bedauern darüber ausdrücken, dass die o.g. Pressemitteilung nicht nur an die Medien, sondern auch an die Mitglieder des Beirats und diverse andere Personen verschickt wurde – allerdings nicht an mich. Wenn man in einer Pressemitteilung Kritik übt, halte ich es für angebracht, denjenigen, der Ziel der Kritik ist, darüber mindestens in Kenntnis zu setzen. Alles andere ist schlechter Stil.

Die Autoren der Stellungnahme üben zunächst einmal Kritik an der Tatsache, dass die anstehenden Themen nicht in einer Sitzung des Tanklager-Ausschusses behandelt wurden, der doch extra dafür gegründet wurde.

Richtig ist, dass der Beirat wegen der besonderen Bedeutung der Umweltschäden für die gesamte Region dahingehend gewürdigt hat, dass er einen Ausschuss gegründet hat, der sich mit der Aufarbeitung der Umweltschäden befassen soll. Dazu hat er dann auch die Sprecherin der Bürgerinitiative einstimmig als stimmberechtigtes Mitglied in den Ausschuss gewählt.

Gemäß § 23 Absatz 2 des Ortsgesetzes kann **„der Beirat bestimmte Angelegenheiten Ausschüssen widerruflich zur endgültigen Beschlussfassung übertragen. Er kann die Entscheidung im Einzelfall jederzeit an sich ziehen.“** Es ist also das legitime Recht des Beirats ein Thema selbst zu behandeln. Diese Entscheidung muss auch im Ermessen des Beirats liegen, weil der Beirat schließlich das von der Bevölkerung gewählte Gremium ist.

Dienstgebäude / Eingang
Landrat-Christians-Str. 99a
28779 Bremen

 **Bus-Linie 90/91**
Haltestelle:
Bf. Blumenthal

Sprechzeiten
Mo. – Do.
09.00 – 15.00 Uhr
Fr. 09.00 – 13.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Bankverbindungen
Bremer Landesbank
IBAN: DE27 2905 0000 1070 1150 00 BIC: BRLADE22XXX
Sparkasse Bremen
IBAN: DE73 2905 0101 0001 0906 53 BIC: SBREDE22
Deutsche Bundesbank, Filiale Hannover
IBAN: DE16 2500 0000 0025 0015 30 BIC: MARKDEF1250

Der Beirat hat sich in seinem Sprecherausschuss mit der Fragestellung befasst, ob angesichts der knappen Termine für mögliche Beirats- und /oder Ausschusssitzungen nicht sinnvoller sei, die Debatte in öffentlicher Beiratssitzung zu führen.

Diese Frage wurde bejaht, weil es Beiratsmitglieder gibt, die wegen ihrer Berufstätigkeit nicht ohne weiteres jederzeit an Sitzungen teilnehmen können. Dazu kam die problematische Personalsituation des Ortsamtes, weil der wichtige kommunale Sachbearbeiter Anfang Januar eine neue Herausforderung angenommen hat. Meine Fürsorgepflicht für den verbliebenen Kollegen wurde akzeptiert.

Ferner gehört zur ordnungsgemäßen Behandlung eines Themas auch, dass die Referenten in der Regel mehrere Verpflichtungen haben und nicht täglich auf die Einladung des Beirats Blumenthal warten.

Im Weiteren wurde von Beiratsmitgliedern die Forderung aufgestellt, nicht nur die Mitglieder des Tanklagerausschusses, sondern auch die Mitglieder des Bauausschusses und des Wirtschaftsausschusses an der Debatte zu beteiligen. Daher hat sich dann der Sprecherausschuss bereits im Februar darauf verständigt, die Sitzung im April so durchzuführen, wie es dann auf der Einladung bekannt gegeben worden ist.

Zur Vorbereitung einer Sitzung führen alle Fraktionen Vorbesprechungen durch. Dass in diesen Vorbesprechungen dann strategisch-taktische Fragen erörtert werden, liegt dann in der Natur der Sache. Wenn sich dann Parteien aus dem Konsens verabschieden, darf das aber weder den anderen Parteien noch der Sitzungsleitung vorgehalten werden.

Die Verantwortung für den entstandenen zeitlichen Druck gebe ich daher gern an die Bürgerinitiative zurück, denn ihre Vorsitzende hat sich an dem „Ränkespiel“ aktiv beteiligt. Ich persönlich bedaure so etwas sehr, weil es respektlos gegenüber der Sitzungsleitung, den übrigen Beiratsmitgliedern, den geladenen Gästen und den Besuchern der Beiratssitzung ist. Die daraus resultierenden chaotischen Momente und den in Teilen ruppigen Ton haben daher die Beirats- und Ausschussmitglieder von CDU, BIW und FDP zu verantworten.

Wenn Besucher die Beiratssitzung durch wiederholte Zwischenrufe stören, werde ich mir von niemandem verbieten lassen, die Störer zur Ordnung zu rufen und sie im Zweifel aus dem Sitzungssaal zu weisen und mit einem Hausverbot zu belegen.

Zur inhaltlichen Kritik an den technischen Details der Vorträge kann ich nichts sagen. Mir fehlt schlicht das Knowhow, um beurteilen zu können, ob die Umnutzung der bisherigen Tanks in ein Wärmespeicherkraftwerk eine machbare Lösung ist oder nicht.

Allerdings halte ich den Aufbau von Speicherkapazitäten für Energie für unbedingt erforderlich, wenn die Energiewende hin zu regenerativen und weg von fossilen Energieträgern gelingen soll. Dass wir dabei jede Möglichkeit prüfen und jede sich bietende Chance nutzen müssen, sind wir unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, um auch ihnen eine lebenswerte Umwelt in der Zukunft zu bieten. Dass die Bürgerinitiative und die Parteien CDU, BIW und FDP angesichts von vergleichsweise lächerlicher Kosten eine Machbarkeitsstudie ablehnen, weil da vielleicht jemand daran ein paar Euro verdienen kann, erschüttert mich zutiefst.

Wenn Bremen – wie nahezu überall – ca. ein Prozent von bundesweiten Geschehnissen repräsentiert („Königsteiner Schlüssel“), haben Bremer Verbraucher allein am 29. Oktober rund 33.000 Euro dafür bezahlt, dass den Betreibern von Windenergieparks wegen der hohen nichtspeicherfähigen Überschussproduktion von rund 60 Gigawattstunden Strom rund 3,3 Millionen Euro Verluste entstanden sind. Diese Verluste werden auf der Basis des Gesetzes über Erneuerbare Energien allein von den Verbrauchern getragen. Es lohnt also zu prüfen, ob andere Lösungen möglich sind, die vor allem die Verbraucher und damit jeden Blumenthaler und jede Blumenthalerin entlasten.

Mich bedrückt, dass viele Beirats- und Ausschussmitglieder nicht in der Lage sind, diese Dimension wahrzunehmen und ihnen auch das Schicksal der Mitarbeiter des Kraftwerks Farge völlig egal ist, denen man vielleicht mit einem Wasserspeicherkraftwerk eine zukunftsfähige, der Umwelt und den Menschen dienende Beschäftigung sichern könnte. Allein dieser Versuch rechtfertigt den Einsatz von Steuergeldern.

Dass man sich darüber Gedanken macht, ob und welchem Umfang eventuelle Belastungen für die Umwelt folgen könnten, halte ich für legitim und teile auch den Grundsatz, dass wir für die Zukunft weitere Belastungen ausschließen müssen.

Allerdings vermag ich aktuell nicht zu erkennen, wie die Gefahreneinschätzung aussieht, weil es ja gerade noch keine Untersuchungen dazu gibt.

Eine technologiefeindliche Grundeinstellung hilft uns nicht, die Zukunft zu gestalten. Unsere Generation ist vielleicht die erste, die in der Lage ist, die technischen Voraussetzungen für eine Rettung des Planeten zu gestalten – da sollte es keine Denkverbote geben. Die darf es ja nach Ansicht der Bürgerinitiative bei der Sanierung der Grundwasserschäden auch nicht geben.

Und es ist auch nicht förderlich, durch Behauptungen wie der, dass Gebiet des Tanklagers „fast ausschließlich als Naturschutzgebiet, Wasserschutzgebiet und Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen ist“, diese eingeforderten Denkverbote zu untermauern. Das Tanklager ist komplett „militärisches Sicherheitsgebiet“. Und das ist die einzige Klassifizierung.

Ich fordere die Mitglieder der Tanklagerinitiative auf, sich mit ihrer technologischen Kompetenz in eine konstruktive Debatte einzubringen, ob und wie man zukunftsfähige Arbeitsplätze im Bremer Norden schaffen kann, die dazu auch noch dazu beitragen künftige Belastungen für die Bevölkerung zu vermeiden.

Die Parteien des Beirats fordere ich auf, sich engagiert und intensiv in die Debatte um die Zukunft des Stadtteils einzubringen und wahltaktische Ränkespiele zu unterlassen.

Die Menschen erwarten von ihnen, dass sie alles tun, um die Zukunft in Blumenthal zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Nowack
Ortsamtsleiter